

Bitte beachten Sie, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag in den Vorlagen im Beratungsgang nicht verändert wird. Abweichende Beschlüsse der befassenen Gremien können Sie den Anlagen, Niederschriften oder den Beschlussauszügen im Gremienportal entnehmen.



Beschlussvorlage	
- öffentlich -	
AT-25/2021 1. Ergänzung	
Fachbereich:	60 FB Stadtentwicklung und Bauwesen
Fachdienst:	60.2 FD Bäderbetriebe
Sachbearbeiter/in:	Harald Rühl
Datum:	01.02.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	07.02.2022	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	10.02.2022	beschließend

Betreff:

Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen, sowie Herr Marohn (FDP) betreffend Unterstützung von Schwimmkursen für Nidderauer Kinder und Jugendliche

Beschlussvorschlag:

Bezugnehmend auf den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, sowie Herr Marohn (FDP) betreffend der Unterstützung von Schwimmkursen für Nidderauer Kinder und Jugendliche von 7-12 Jahren (AT-25/2021) erstattet die Stadt Nidderau den Erziehungsberechtigten für alle Anfängerschwimmkurse von Nidderauern Kindern von 7 bis 12 Jahren, die ab dem 30.09.2021 begonnen und bis 21.12.22 erfolgreich abgeschlossen werden Kurskosten von bis zu 100 € pro Kind. Für die Erstattung ist das auf der Webseite hinterlegte Formular zu verwenden.

Finanzielle Auswirkungen:

Geschätzte Kosten ca. 10.000,00 €

Sachdarstellung:

Durch die Corona-Pandemie verbundenen Schwimmbadschließungen und der Ausfall von Schwimmunterricht wurde vielen Nidderauer Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit genommen, das Schwimmen zu erlernen.

Der allgemeine Trend, dass etwa 60 % der 10-jährigen in Deutschland nicht sicher schwimmen können, wurde dadurch nochmals verstärkt.

Aus diesem Grund sollen für Nidderauer Kinder und Jugendliche die Anfängerschwimmkurse bis zu 100 € pro Kind gefördert werden, befristet bis zum 31.12.2022.

Freigabe:

gez. Andreas Bär
Dezernatsleiter/in

gez. Bernd Dassinger
FB-/FD-Leiter/in

gez. Harald Rühl
Sachbearbeiter/in

Anlage(n):

1. Finanzielle Auswirkungen
2. Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, sowie Herr Marohn (FDP) vom 19.09.2021